

Kreitmaier und Listl fordern Rüge für die Stadt

VERFAHREN Anwalt der FDP-Räte stellte Antrag bei der Regierung von Niederbayern „auf kommunalaufsichtliche Beanstandung“.

VON ELFI BACHMEIER-FAUSTEN, MZ

KELHEIM. Die FDP-Fraktion hat die Rechtsaufsicht bei der Regierung wegen des Verhaltens der Stadt zu einem FDP-Antrag eingeschaltet. Per Anwalt ließen die beiden Stadträte Reinhard Listl und Robert Kreitmaier einen „Antrag auf kommunalaufsichtliche Beanstandung von Stadtrats- und Ausschusssitzungen sowie -beschlüssen der Stadt Kelheim“ der Regierung zukommen. Es geht um den Antrag vom 8. Dezember zum geplanten Einkaufszentrum im Donaupark, zur Offenlegung der Finanzen der Donaupark-Gesellschaft und deren Auflösung sowie der Vorstellung des Gesamtkonzeptes der FDP-Fraktion für die Stadt Kelheim.

FDP-Fraktionssprecher Listl sagte, vom vierteiligen FDP-Antrag vom Dezember seien drei Punkte im Stadtrat nicht behandelt worden. „Die Abstimmung im Januar gegen den Ausstieg aus der Donaupark GmbH hätte ohne Aussprache nicht stattfinden dürfen.“ Er kündigte ein Rechtsgutachten der FDP an, „weil das Landratsamt aus unserer Sicht rechtswidrig an einer Kapitalgesellschaft, der Donaupark GmbH, beteiligt ist“. Regierungssprecher Michael Bragulla: „Die FDP woll-

te mit dem Schreiben ihrer Anwälte erreichen, dass die Regierung von Niederbayern zwei Stadtratsbeschlüsse und einen Ausschussbeschluss der Stadt Kelheim beanstandet und aufhebt. Das Landratsamt Kelheim sei zwar unmittelbare Rechtsaufsichtsbehörde über die Stadt Kelheim, erscheine aber in diesem Fall wegen Befangenheiten für eine Prüfung ungeeignet, sagen die Anwälte.“ Soweit im Landratsamt einzelne Personen tatsächlich befangen wären, „läge die Verantwortung für die Prüfung der Stadtratsbeschlüsse bei deren Stellvertretern“. Die Regierung habe das Schreiben der FDP-Anwälte an das Landratsamt weitergeleitet. Dort lag laut Landratsamtssprecher Heinz Müller gestern keine FDP-Beschwerde vor. Müller: „Seitens des Landratsamtes bestehen keine Zweifel an der rechtmäßigen Beteiligung des Landkreises Kelheim an der Donauparkwirtschafts GmbH.“

Bürgermeister Fritz Mathes ließ zur FDP-Beschwerde übermitteln: „Aus der Sicht der Stadt Kelheim sind weder formelle noch materielle Fehler enthalten.“ Aus seiner Sicht sei das Landratsamt nicht rechtswidrig an der Donaupark Wirtschaftsentwicklung GmbH beteiligt. „Die Gründung der GmbH wurde damals auch von der Regierung/Ministerium geprüft.“ Der FDP-Antrag auf Ausstieg sei behandelt worden am 21. Januar '09 im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Kultur sowie im Stadtrat am 26. Januar '09 „und dieser wurde mit 19:2-Stimmen abgelehnt“.

DER VIERTIELIGE FDP-ANTRAG

Mit Datum 8. Dezember '08 sandte die FDP-Stadtratsfraktion einen Eilantrag für die Ratssitzung am 15. Dezember an Bürgermeister Fritz Mathes. Laut FDP-Fraktionssprecher Reinhard Listl wurden die Punkte eins, zwei und vier nicht behandelt.

➤ **1. Auskunft** durch den Bürgermeister sowie Aussprache und Positionierung der Fraktionen zum geplanten Einkaufszentrum im Donaupark

➤ **2. Offenlegung** der Finanzen sowie „Darstellung der offensichtlichen Misswirtschaft der Donaupark Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH“

➤ **3. Auflösung** der Donaupark Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft mbH

➤ **4. Vorstellung** des Gesamtkonzeptes der FDP-Fraktion für die Stadt Kelheim hinsichtlich der Punkt eins und drei (eb)